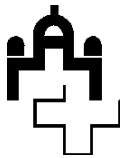


Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



20.324 s Kt. Iv. ZH. Ein Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und bis zur Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung

Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vom 2. Mai 2022

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 2. Mai 2022 die vom Kanton Zürich am 8. Juli 2020 eingereichte kantonale Initiative geprüft.

Mit der Initiative wird ein Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und der Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung durch das UVEK verlangt.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt oppositionslos, der kantonalen Initiative keine Folge zu geben.

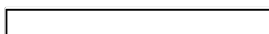
Berichterstattung: schriftlich

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Jon Pult

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stand der Vorprüfung
- 3 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Schliessungsmoratorium für Poststellen bis zum Vorliegen und der Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung durch das UVEK.

1. Der Bundesrat instruiert die Leitung der Schweizerischen Post bis zum Vorliegen und der Genehmigung einer gesamtschweizerischen Poststellenplanung durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) keine Poststellen zu schliessen.
2. Die Leitung der Schweizerischen Post legt dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) im 4-Jahresrhythmus eine gesamtschweizerische Poststellenplanung für die nächsten 4 Jahre zur Genehmigung vor.
3. Das Postorganisationsgesetz (POG, 783.1) wird entsprechend angepasst.

1.2 Begründung

Die Versorgung durch die Schweizerische Post ist in Teilen unseres Landes nicht mehr gewährleistet und in weiten Landesteilen in Frage gestellt. Die Leitung der Schweizerischen Post wird verpflichtet im 4-Jahresturnus dem Bundesrat, vertreten durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), eine gesamtschweizerische Poststellenplanung zur Genehmigung vorzulegen.

2 Stand der Vorprüfung

Der Ständerat hat der kantonalen Initiative am 16. Dezember 2021 oppositionslos keine Folge gegeben.

3 Erwägungen der Kommission

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates anerkennt den Handlungsbedarf im Bereich der Poststellenschliessungen und unterstützt das Anliegen der Standesinitiative des Kantons Zürich grundsätzlich. Sie verweist jedoch darauf, dass mit der Initiative des Kantons Jura (17.314) bereits einer Standesinitiative mit derselben Stossrichtung Folge gegeben wurde und damit bereits ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage im Parlament hängig ist. Zudem ist sie mit Blick auf den Schlussbericht der Expertenkommission Grundversorgung Post vom 24. Februar 2022 der Ansicht, dass eine vertiefte Debatte über die postalische Grundversorgung geführt werden muss, bevor weitere Vorlagen aus diesem Themenkomplex zur Ausarbeitung ans Parlament überführt werden.